

[Transcript] Echo der Zeit / Gründe für Ausschreitungen an Eritrea-Festivals

SRF Audio

Radio SRF Echo der Zeit mit Simon Hulliger.

Unsere Themen am 4. September.

Eritreische Kulturfestivals als Kampfplatz.

Die Kulturfestivals wurden ein physisches Battleground,

wo Eritreien in Europa direkt den Regime kämpfen.

Sie seien ein Ort in Europa, wo das Regime direkt bekämpft werden könne,

sagte Eritrea-Spezialist.

Doch nun habe die Gewalt ein neues Ausmaß erreicht.

Saudi-Arabiens Annäherung an Israel, was sich die beiden Länder erhoffen

und welche Rolle die Palästinenser spielen.

Dann die Grünliberalen im Parteiencheck,

was sie in den letzten vier Jahren erreicht haben und was nicht.

Und eingeschleppte fremde Arten.

Erstmals untersucht ein Bericht das Problem weltweit.

Da kann man eigentlich auch nach Europa schauen,

man kann aber auch in irgendwelche weiten legenden Regionen schauen.

Man sieht überall eine langanhaltende Zunahme,

vor allen Dingen seit den 1950er Jahren.

Erklärt ein Mitautor der Studie.

Wir starten mit den Nachrichten und Thomas Fuchs,

der russische Präsident Vladimir Putin will dem Getreideabkommen

erst wieder beitreten, wenn alle seine Forderungen erfüllt sind.

Zuerst müssten die Beschränkungen für den Export von russischen Agrarprodukten

aufgehoben werden, sagte Putin bei einem Treffen

mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan in Sochi.

Die westlichen Sanktionen behinderten die Ausfuhr von russischem Getreide

von Dünger und Agrartechnik, so Putin weiter.

Erdogan hatte gefordert, zum Abkommen zurückzukehren,

damit wieder ukrainisches Getreide über das Schwarze Meer transportiert werden kann.

Der türkische Präsident setzt sich als Vermittler

im russischen Angriffsrieg gegen die Ukraine ein.

In der EU könnte der Schutz von Wölfen bald gelockert werden.

Die EU-Kommission überprüft den Schutzstatus der Tiere.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte,

dafür würden bis Ende Monat Daten aus ganz Europa

zu Wolfspopulationen gesammelt.

Von der Leyen forderte zu dem nationale und lokale Behörden

auf, die Spielräume für den Abschuss von problematischen Wölfen zu nutzen.

Artenvielfalt bleibt ein wichtiges Ziel,

aber man müsse die Gefahren, die von Wolfsrudeln für Vieh

und möglicherweise auch für Menschen ausgingen,

so gering wie möglich halten.

Die neuen Militärmachthaber in Niger haben den Luftraum des Landes

[Transcript] Echo der Zeit / Gründe für Ausschreitungen an Eritrea-Festivals

wieder für alle kommerziellen Flüge geöffnet.
Das erklärt ihr ein Sprecher des Verkehrsministeriums.
Die Armee hatte den Luftraum vor einem Monat geschlossen,
weil sie befürchtete, dass die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft
in Niger militärisch intervenieren könnte.
Weil der Luftraum geschlossen war, annullierten Gesellschaftenflüge
oder Namen längere Routen.
Viele Flugrouten über Afrika verlaufen normalerweise über Niger.
Das Militär putzte dort Ende Juli
und stürzte den Präsidenten Mohammed Bazoum.
In die Schweiz, die SBB hat erstmals seit mehreren Jahren
wieder ein positives Halbjahresergebnis erzielt.
Der Gewinn der SBB betrug 99 Millionen Franken.
Im ersten Halbjahres vergangenen Jahres resultierte noch ein Minus
von mehr als 140 Millionen Franken.
Trotz der Schwarzenzahlen bleibe der Spardruck hoch,
schreit die SBB in eine Mitteilung.
Das Unternehmen ist mit mir als 11 Milliarden Franken verschuldet.
Die Schweizer Wirtschaft hat im zweiten Quartal stagniert.
Das Brutto-Inland-Produkt ist nicht mehr gewachsen.
Das meldet das Staatssekretariat für Wirtschaftssec.
Die Wertschöpfung in der Industrie ging zurück.
Auch der Bausektor habe sich negativ entwickelt.
Heißt es in der Mitteilung.
Der Dienstleistungssektor und das Gastgewerbe dagegen wuchsen.
Der obfaltende Ständerat Erich Etlin bleibt im Amt,
weil sich bis zum Ablauf der Frist keine Gegenkandidatin
und kein Gegenkandidat gemeldet hat,
somit ist der Mitte-Politiker in stiller Wahl bestätigt,
wie der Kanton auf Anfrage erklebt.
Der 62-Jährige wurde bereits bei den Wahlen vor vier Jahren
ohne Gegenkandidat als Ständerat bestätigt.
Die Börsendaten von 18.04 geliefert von sechs.
Der Swiss-Marketing Deck schließt bei 11.054 Punkten, minus 0,2%.
Die Börse in New York ist wegen eines Feiertags geschlossen.
Der Eurowett zu 95°50 gehandelt.
Der Dollar zu 88°42.
Und wie wird das Wetter?
Es bleibt meist sonnig.
Morgendliche Nebelfelder lösen sich rasch auf.
Es ist sehr warm, mit Höchstwerten zwischen 25° und 30°.
Im Süden ist es mit vielen Wolken nur zeitweise sonnig bei rund 24°.
Eritrea Stiaspora ist gespalten.
Über das Wochenende gab es unter anderem in der Schweiz

[Transcript] Echo der Zeit / Gründe für Ausschreitungen an Eritrea-Festivals

Zusammenstöße zwischen Kritikerinnen und Befürwortern des autokratischen Regimes von Langzeitmachthaber Isaias Afevaki. Er verletzte in der Schweiz, aber auch in Israel und Norwegen. Dies nachdem es diesen Sommer bereits in anderen Ländern ähnliche Konflikte zwischen den beiden eritäischen Lagern gegeben hatte. Dass die eritrische Diaspora gespalten ist, ist nichts Neues. Doch das Ausmaß der Proteste, die Gewaltbereitschaft schon. Das beunruhigt auch die Regierung von Isaias Afevaki in Eritrea selbst. Afrika-Korrespondentin Anna Lemenmaier. Seit Jahren sorgen die sogenannten Eritrea-Festivals in diversen Ländern für Kontroversen. Bei diesen kommen Teile der Eritreischen Diaspora zusammen, um die Eritreische Kultur, das Essen und die Musik zu feiern. Dabei wird aber auch die endlose Kriegsgeschichte und die Eritreische Widerstandsfähigkeit zelebriert, wie hier an einem Eritrea-Fest in der Schweiz diesen Sommer. Doch die Festivals stehen in der Kritik. Sie würden dem Regime von Autokrat Isaias Afevaki helfen, seine Macht in der Diaspora zu festigen. An den Festivals werde Geld für das Regime gesammelt und Propaganda verbreitet zu die Kritiker. Für viele Eritreerinnen und Eritreer, die zum Teil unter Einsatz ihres Lebens aus der Diktatur geflüchtet sind, sind diese Feiern eine Provokation. Immer häufiger würden die Kulturfestivals deswegen zum Schauplatz von Gewalttätigen auseinandersetzungen, sagt Kirtil Tronvol, Eritrea-Spezialist vom Oslo New University College. Die Festivals sind der einzige Ort, wo das Eritreische Regime in Europa sichtbar ist. Eritrea hat kaum Botschaften und somit sind die Kulturfestivals ein physischer Ort geworden, wo Kritiker das Regime direkt bekämpfen können. Das geschieht schon seit mehreren Jahren. Die Ausschreitungen zwischen Befürwortern, Befürwortern, Befürwortern und Befürwortern und Gegnern der Eritreischen Regierung vom Wochenende in der Schweiz, Israel und Norwegen sind also nicht grundsätzlich Neues. Dennoch sei dieses Jahr eine neue Schwelle überschritten worden, so Kirtil Tronvol. Im Unterschied zu früher seien die Kritiker heute besser organisiert und die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, um diese Festivals zu verhindern, sei gestiegen. Laut dem Eritrea-Kennert Tronvol hätten viele in der Diaspora die Furcht verloren vor dem Regime, dem nachgesagt wird,

auch die Diaspora fest im Griff zu haben.
Durch ein System der Angst und der Einschüchterung.
Denn wer immer sich in der Diaspora gegen die Regierung in Asmara aussprach,
musste um seine Verwandten in Eritrea fürchten.
Die Fähre ist jetzt brekend.
Die Fähre ist jetzt brekend.
Die Angst schwindet,
möglicherweise, weil es gar keine Verwandten mehr gibt zu Hause in Eritrea.
So viele Menschen haben das Land in den letzten 20 Jahren verlassen.
Auch für Eritrea-Expertin Miriam van Reisen
von der Universität Leiden
ist das Ausmaß der Eskalationen diesen Sommer bemerkenswert.
Sie fokussiert aber auch in den letzten 20 Jahren.
Es ist nicht so wichtig,
dass man in den letzten 20 Jahren
die Fähre der Eskalationen diesen Sommer bemerkenswert.
Sie fokussiert aber mehr auf die Milizen,
welche die Diktatur aus Asmara in Europa einsetzt,
um diese Kulturfestivals zu schützen.
Es gibt viele Videoaufnahmen,
auf denen zu sehen ist, wie diese Milizen Waffen tragen.
Die Milizen sind auch international gut organisiert.
Am Wochenende in Tel Aviv wurden Milizen aus Holland wiedergesehen.
Also auch auf Seiten des Regimes ist die Gewaltbereitschaft größer.
Die große Frage bleibt nun,
was lösen diese Proteste in Eritrea selbst aus?
Das Regime hat seine Tentakel überall.
Südsudan, Sudan, Somalia, Libyen.
Es erhält Unterstützung aus China und Russland.
Also Präsident, Desire Savverky,
sitzt jetzt in Deutschland.
Das ist eine große Frage.
Ich glaube, dass die Proteste in der Diaspora das Streichholz sein könnten,
das zu Hause in Eritrea einen Brand auslösen könnte.
Das Regime von Desire Savverky sein ja wüs,
sind sich die beiden Expertinnen einig.
Vielleicht, zurecht.
In den letzten Jahren wurden in Afrika schliesslich
die Fähre der Eskalation,
die Milizen, die Milizen, die Eskalation,
die Fähre der Eskalation,
die Fähre der Eskalation,
in den letzten Jahren wurden in Afrika schliesslich
diverse Langzeitherrscher weggeputscht.

[Transcript] Echo der Zeit / Gründe für Ausschreitungen an Eritrea-Festivals

Echa der Zeit auf Radio SRF.

Bei uns geht es weiter mit den Ernährungsversuchen

zwischen Saudi-Arabien und Israel,

mit Indiens großen Wachstumsträumen,

mit den Wachstumsoffnungen der grün-liberalen

und mit einer eingeführten Art,

die eine eingeschleppte Art bekämpfen soll.

Saudi-Arabien hat in den letzten Monaten

auf dem diplomatischen Paketaufsicht aufmerksam gemacht.

Die Annäherung an Iran,

die Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga

und die Durchführung einer internationalen Ukraine-Konferenz.

Nun könnte ein weiterer solcher Meilenstein dazukommen,

eine Annäherung an Israel.

Doch hier gibt es einige Knackpunkte,

etwa die Palästinenserfrage.

Diese Woche soll eine palästinenserelegation nach Riyadh reisen.

Wie nah sind sich Saudi-Arabien und Israel bereit

und welche Interessen verfolgt Saudi-Arabien?

Naus-Korrespondent Thomas Gutesun.

Es wäre ein Durchbruch im Nahen Osten,

formelle Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien.

Die beiden Länder arbeiten schon länger an einer Annäherung,

wobei es sich da nicht wirklich um rein bilaterale Beziehungen handelt,

sagt der saudische Politologe Aziz Al-Ghajian,

der seit über 10 Jahren zum Thema forscht.

Das ist nicht eine Saudi-Israelische Beziehung

oder eine Beziehung.

Das ist mehr so eine Saudi-U.S.-Beziehung,

die dann in Israel und Palästinen auskommen.

Es sei vielmehr eine Vier-Ex-Beziehung zwischen Saudi-Arabien,

Amerika, Israel und der Palästinenserbehörde,

wobei klar das saudische Königshaus und die USA das Sagen hätten.

Die Regie rufen Joe Biden hätte gerne einen Durchbruch

in den Verhandlungen vor den nächsten amerikanischen Wahlen.

Dafür aber verlangt Saudi-Arabien so einiges von Amerika.

Saudi-Arabien wolle eine Art NATO-ähnliche Verteidigungsallianz.

Eine solche würde Amerika vertraglich verpflichten,

Saudi-Arabien zu verteidigen, was das Tönigreich angegriffen werde.

Das aktuelle Bündnis Geheriat nicht weit genug.

Als Hutierebellen von der USA,

die in den letzten Jahren in den letzten Jahren

als Hutierebellen vor zwei Jahren die Aramco-Felder in Saudi-Arabien

in Brandsetzen, kam keine Hilfe von den USA.

[Transcript] Echo der Zeit / Gründe für Ausschreitungen an Eritrea-Festivals

Da verlangen die Saudis mehr Engagement seitens der USA.
Und Saudi-Arabien will auf Atomenergie umsetzen.
Uran im Land selbst anreichern, um das Land fit zu machen
für die Zeit nach dem Öl.
Das gehe aber den Interessen Israels zutiefst entgegen,
meint Aziz al-Gajian.
Speziell der israelische Sicherheitsapparat
werde an einem zivilen Nuklearprogramm Saudi-Arabiens keine Freude haben,
zumal sich das Königreich jüngst dem Erzfeind Iran angenähert habe.
Doch das Nuklearpaket dürfte nicht die einzige Hürde sein für Israel.
Denn Saudi-Arabien fordert auch Zugeständnisse Israels an die Palästinenser.
Interessant dabei sei, dass Saudi-Arabien offenbar keinen Staat Palästina fordere,
sondern Israel Konzessionen für die Palästinenser abbringen will.
Dieser realistische meint, dass die Israel-Konzessionen
in der USA nicht nur für die USA, sondern auch für die USA,
sondern auch für die USA, für die USA, für die USA, für die USA, für die USA,
für die USA, für die USA, für die USA, für die USA, für die USA,
dieser realistische meint, der Beobachter.
Niemand aber wisse, wie diese Konzession von Israel aber genau aussehen würden.
Die Sorge sei daher groß, dass Saudi-Arabien den Wunsch der Palästinenser
nach mehr Autonomie zugunsten eines Deals hauptsächlich mit den USA verkaufen würde.
Ich verstehe komplett, warum die Palästinenser über die Palästinasituation verloren sind.
Die Hauptsache ist, dass Saudi-Arabien das letzte Teil der Lächerung, das genutzt wird, gegen Israel.
Wir können nicht sagen, dass es jetzt die Nr. 1-Topp-Issue ist,
aber ich denke, es war auch immer die Nr. 1-Topp-Issue.
Die Saudi-Sicherheit hat immer die Nr. 1-Topp-Issue auf ihrer Prioritelliste.
Es geht um viel für die Palästinenser. Saudi-Arabien sei die letzte Hoffnung, um Israel etwas
abzurufen, sagte der Politologe.
Susanne Brunner befasst sich für Radio SRF mit Israel und den Palästinensergebieten.
Ich wollte von ihr wissen, was erwartet die Delegation der Palästinenser konkret von den Saudis?
Sie gelangen mit einer ganzen Wunschliste an die Saudis.
Zuerst wollen sie mehr Kontrolle über das besetzte Westjordanland,
das jetzt die israelischen Sicherheitskräfte vollständig kontrollieren.
Zweitens wollen sie wieder ein US-Konsulat in Jerusalem für Palästinenserinnen und Palästinenser.
Ein solches gab es bis 2019, aber der damalige US-Präsident Donald Trump, hat es damals
geschlossen,
also Jerusalem als ungeteilte Hauptstadt Israels anerkannt.
Drittens, die palästinensische Führung will auch ein saudisches Konsulat in Jerusalem,
das sich um palästinensische Anliegen und Reiseanträge kümmert.
Jetzt hat Saudi-Arabien sein Konsulat in Jordanien.
Und viertens, die Palästinenser wollen Geld.
Vor einiger Zeit hat der Saudi-Arabien den Palästinensern den Geldhahn zugedreht.
Aber das heißt, sie verzichten auf die Forderung nach einem eigenen Staat?
Ja, und das ist neu.

[Transcript] Echo der Zeit / Gründe für Ausschreitungen an Eritrea-Festivals

Der eigene Staat ist nicht mehr die ultimative Bedingung der Palästinenserführung für ihr Ja zu einer Normalisierung der Beziehungen Saudi-Arabiens mit Israel, sondern offenbar genügt jetzt schon die Erfüllung einiger Wünsche auf dieser Wunschliste. Das ist wohl ganz einfach Realpolitik.

Kaum jemand glaubt noch daran, dass ein Staat Palästinenser im Bereich des Machbaren ist. Das Ziel bleibt jedoch der eigene Staat.

Wie wichtig ist denn den Saudis das Schicksal der Palästinenser?

Mit welcher Vehemenz brachen sie auf diese Bedingungen in den Verhandlungen mit Israel?

Die saudische Führung hat eigentlich kein großes Interesse an den Palästinensern, weil dieser Konflikt dauert jetzt seit 75 Jahren und eigentlich will man vorwärts machen.

Außerdem hat sich die palästinensische Führung in der Region immer wieder sehr unbeliebt gemacht.

Die war undankbar, das werfen ihr auch andere Golfstaaten vor.

Sie trug ihren bewaffneten Kampf gegen Israel in andere Länder

und waren der 1970er-Jahren Mitverursacher der Bürgerkriege in Libanon und Jordanien.

Und trotzdem kann sich Saudi-Arabien nicht leisten, die Palästinenser einfach zu übergehen oder zu ignorieren, denn die Sympathie für das Leiden dieser 7,5 Millionen Menschen

und der israelische Besatzung in Gaza, Ost-Jerusalem und im West-Jordan-Land

ist in der arabischen Bevölkerung nach wie vor weit verbreitet und besonders gerade in Saudi-Arabien selbst, wo zwei der heiligsten muslimischen Städte sich befinden.

Und da ist die Sympathie auch besonders groß, weil die Mehrheit der Palästinenser-Palästinenserinnen muslimisch sind.

Schauen wir die israelische Seite an.

Das ist die Bereitschaft, Konzessionen an die Palästinenser einzugehen, um eben im Gegenzug ein Abkommen mit den Saudis zu erhalten.

Von Konzessionen an die Palästinenser hält die aktuelle israelische Regierung gar nichts.

Viele Beobachter und Expertinnen sagen denn auch, im Moment sei diese Regierung das größte Hindernis auf dem Weg zu einem Normalisierungsabkommen mit Saudi-Arabien.

Warum sind Israel überhaupt gute Beziehungen zu Saudi-Arabien so wichtig?

Israel will nicht mehr in einer Region leben, in der mächtige Staaten seine Existenz infrage stellen.

Die ständige Bedrohung fordert Unmengen an Geld für seine Verteidigung und schränkt auch seine eigene Bevölkerung ein.

Saudi-Arabien als Freund statt als Feind zu haben, wäre für Israel ein großer Schritt vorwärts.

Auslandedaktorin Susanne Brunner.

Am kommenden Wochenende treffen sich die Staats- und Regierungschef zum G20-Gipfel in der indischen Hauptstadt Delhi.

Indien hat in diesem Jahr den Vorsitz.

Regierungschef Narendra Modi nutzt die Präsidentschaft ausgiebig, um das bevölkerungsreichste Land der Welt,

ein Jahr vor den Wahlen, als aufstrebende Großmacht auf dem Weg zur Industrienation zu präsentieren.

Doch wo steht Indien auf diesem Weg wirklich?

Das wollte Südasien-Korrespondentin Martin Peters vom früheren Notenbank-Governor Wuri Subarao wissen.

[Transcript] Echo der Zeit / Gründe für Ausschreitungen an Eritrea-Festivals

Ende Juli in der Hauptstadt Delhi, Regierungschef Narendra Modi eröffnet mit aufwendiger Zeremonie ein neues Konferenzzentrum im diplomaten Viertel Pragati-Maidan. Es wurde extra für den G20-Gipfel gebaut. Modi nutzt die Kulisse auch für große Wahlkampfversprechen. Noch vor dem Ende seiner dritten Amtsperiode, 2029, würde Indien die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt sein, sagt der Hindu-Nationalist, ein Jahr vor den Wahlen. Im Moment liegt Indien auf Platz fünf. Der frühere Notenbank-Governor und Ex-Finanzminister Dhurri Subarao hält das Ziel für realistisch. Wenn Indiens Wirtschaft jedes Jahr um 8,6 Prozent wächst, wässt Indien schon 2027, Japan und Deutschland hinter sich, sagt Subarao. Grund sei vor allem die wachsende Bevölkerung Indiens, die immer mehr konsumiere und dadurch das Wachstum ankurble. Und trotzdem warnt der frühere Notenbanker vor Euphorie. Indien sei noch immer ein sehr armes Land. Mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 2.600 Dollar pro Jahr sei Indien nicht nur das ärmste G20-Land, sondern habe auch, absolut gesehen, mehr arme Menschen als jedes andere Land der Welt. Die Arbeitslosigkeit sei hoch, Hunger noch weit verbreitet. Darum sei es mehr als fraglich, ob Modi auch seine zweite Möglichkeit hat, sagt Subarao. Dass nämlich das Schwellenland Indien bis Mitte des Jahrhunderts ein reiches Industri-Land sein werde. Dazu müsste die Wirtschaft über ein Vierteljahrhundert anhaltensteil wachsen und sich das Pro-Kopf-Einkommen nahezu 20-fachen, sagt Subarao. Es ist so, dass die Wirtschaft immer mehr als ein Vierteljahrhundert sich das Pro-Kopf-Einkommen nahezu 20-fachen, sagt Subarao. Ein Ding, der Unmöglichkeit, meint der frühere Notenbänker. Wachstum allein Reiche im Übrigen nicht aus, um ein reiches Industri-Land zu werden. Der Aufdick könne nur gelingen, wenn die Regierung sicherstelle, dass der wachsende Mittelstand und die Armen mehr Geld in die Taschen bekämen. Der Konsum sei der größte Wirtschaftstreiber in Indien. Wenn Mittelstand und Arme mehr verdienten, würden sie auch mehr für den Konsum ausgeben. Dann müssten auch mehr Waren produziert werden. Das wiederum schaffe mehr Arbeitsplätze. Statistiken zeigen, dass im Moment vor allem die indischen Reichen vom Wirtschaftswachstum profitieren. Das reichste 1% verfügt über fast 60% der Vermögen. Die Schere zwischen Arm und Reich bis seit Beginn der Modi-Regierung, vor neun Jahren, weiter aufgegangen. Indien gehört zu den Ländern mit der größten Ungleichheit weltweit. Um den Subkontinent voranzubringen, müssten die Früchte des Wachstums gleichmäßiger verteilt

[Transcript] Echo der Zeit / Gründe für Ausschreitungen an Eritrea-Festivals

werden,
sagt Subarao.

Dafür müsse Indien viel mehr Geld für öffentliche Bildung und Gesundheit ausgeben.
Man vergebe die Chance, dass eine ganze Generation armer Kinder die Einkommenstreppe hinaufsteigen

und damit auch die Wirtschaftsvoranbringe.

Auch der hindu-nationalistische Kurs der Regierung könne eine Hürde auf dem Weg zum Industrieland werden, meint Subarao.

Politischer Extremismus schrecke Investoren ab.

Investoren seien aber unernbärllich für den Aufstieg Indiens.

Um Geldgeber anzuziehen, brauche es drei Voraussetzungen.

Ein verlässliches politisches Umfeld, transparente Regeln und gleiches Recht für alle.

Politischer Extremismus sei das Gegenteil davon und darum schädlich für den weiteren Aufstieg.

Auch wenn Indien sich beim anstehenden G20-Gipfel als wirtschaftliche Großmacht präsentieren wird,

auch wenn acht von zehn Inderinnen und Indern da der Dramatis großen Versprechungen glauben, zum Feiern ist es noch zu früh.

Südasiens-Korrespondentin Martin Peters.

Hält die Partei was sie verspricht?

Welche Pflöcke konnte sie in den letzten vier Jahren einschlagen?

Wo hat sie sich verhalten?

In den kommenden zwei Wochen unterziehen wir die sechs grossen Schweizer Partei in einem Parteien-Check im Vorfeld der eidgenössischen Parlamentswahlen vom 22. Oktober.

Den Auftakt machen heute die grün-liberalen, die GLP, beginnen wir grundsätzlich.

Wo steht die Partei im Links-Rechts-Spektrum?

Diese Frage ärgere ihn, sagt der Parteipräsident Jörg Grossen heute Morgen im Wahlmorgen auf Radio Esser-F1.

Wir sind nichts von dem, wir sind vorwärtsorientiert.

Es gibt doch nicht darum, dass alte Links-Rechtshämmer, die sowieso überholt sind, meiner Ansicht nach weiter zu sementieren, sondern wir müssen doch vorwärtskommen mit dem Land.

Bei mir ist nun Inlandetaktor Ivan Santoro.

Jörg Grossen mag sich und seine Partei nicht verorten, tun Sie es?

Wenn man die politische Arbeit der grün-liberalen in den letzten vier Jahren anschaut, wo stehen Sie im Parteienspektrum von Links bis Rechts?

Es ist natürlich die Frage, wo man die Mitte festmacht.

Aber schaut man aufs Abstimmungsverhalten im Parlament, dann steht die GLP-Links von SVP, FDP und Mitte-Partei,

aber rechts von SP und Grünen.

Dabei ist der Abstand zur Mitte und FDP deutlich kleiner als zu den Grünen und zur SP.

Sie ist also leicht Links von der Mitte angesiedelt.

Die Frage Links oder Rechts oder auch die Kritik, wo stehen die eigentlich, hat auch damit zu tun, dass die GLP seit ihrem Bestehen auf der Links-Rechts-Skala immer ein bisschen hin und her gependelt ist,

[Transcript] Echo der Zeit / Gründe für Ausschreitungen an Eritrea-Festivals

also mehr als alle anderen Parteien.

So war sie am Anfang deutlich näher bei der damaligen CVP und FDP, rückte nachher deutlich nach links

und ist jetzt wieder leicht nach rechts gerutscht.

Das hat eine Untersuchung vom Institut für Politikwissenschaften an der Uni Zürich ergeben.

Die Grünen-Liberalen haben anders als die Pol-Parteien SP und SVP ein breiteres Spektrum.

Sie haben eben noch zwei Flügel und dass die GLP breiter abgestützt ist,

demnach mit diesen ein bisschen Wirtschaftsliberalen und Öko-Flügeln.

Das kommt bei der Basis nicht schlechter an.

Eine Sotomo-Umfrage hat ergeben, dass die GLP-Wählerinnen und Wähler zufrieden sind mit dieser Ausrichtung.

Und was diese Befragung übrigens auch gezeigt hat, das Thema Klima, also das Grüne, das eint diese beiden Flügel.

Also ob man etwas mehr oder weniger wirtschaftsfreundlich eingestellt ist, das ist zweitrangig.

Denn erste Priorität, das hat immer die Ökologie.

Und das hat heute auch Diana Angelina Mosa im Parteien-Check heute auf Radio ISF-1 bestätigt.

Auf die Frage des Moderators Grün oder Liberal gab sie zu Antwort.

Im Zweifelsfall, sage ich immer, hat die Ökologie Vorrang.

Vor vier Jahren gehörte die GLP zu den Wahlgewinnen.

Sie konnte ihre Sitzzahl im Nationalrat mehr als verdoppeln auf 16 von insgesamt 200 Sitzen.

Was konnte sie bewirken in den letzten vier Jahren?

Tobias Gasser schaut zurück auf die Tops und Flops der GLP.

Zwar schien die Sonne über dem Bundeshaus, aber für die Grünliberalen war es trotzdem ein Trüber-Sonntag.

Der Abstimmungssonntag des 13. Juni. Ein knappes Nein zum CO2-Gesetz.

Am 13. Juni 2021 hat die Stimmbevölkerung 3 Umweltvorlagen abgelehnt, darunter das CO2-Gesetz.

Ein enttäuschter GLP-Parteipräsident Jörg Grossen.

Es werden knapp, aber ich bin überrascht, dass sich die Schweizer Bevölkerung von der Argumentation, die zum Teil der Gegner wirklich Faktenfriesen waren, überrascht hat.

Das wäre ein Liberalen-CO2-Gesetz gewesen.

Es wäre ein Grünliberales Gesetz gewesen.

Denn wenn man die grünliberalen Ideen auf ein Kernanliegen eindampfen müsste, dann wären das die Lenkungsabgaben.

Mithilfe von lenkenden Abgaben Preise so gestalten, dass Wirtschaft und Konsumentinnen umwelt- und klimaverträglich handeln.

Und genau dieses Kernanliegen der GLP hat das Volk an diesem sonnigen Sonntag abgelehnt.

Ein weiterer trauriger Tag für die GLP war der 26. Mai 2021 ein Mittwoch.

Die Themen am 26. Mai.

Der Bundesrat hat entschieden, die Verhandlungen über den Entwurf des institutionellen Abkommens zu beenden.

Die Schweiz zeigt der EU die kalte Schulter, das Rahmenabkommen ist vom Tisch.

Die GLP ist wohl die europhilste Schweizer Partei, große Enttäuschung also bei ihr.

Und sie trinkt mit ihrer Forderung nach einer Neuauflage des Rahmenabkommens

oder gar einem EWR-Beitritt bis heute nicht durch.
Sie ist zu klein, zu wenig mächtig, zu wenig überzeugend.
Sonntage können aber auch Freudentage sein.
Das Regionaljournal Basel am Wahl- und Abstimmungssundung.
In den letzten vier Jahren konnten die Grüngiberalen in den Kantonsparlamenten ihre Sätze um 60% steigen und in zwei Halbkantonen in die Regierung einziehen, in Nidwalden und in Basel statt.
Dafür sieht alles danach aus, dass die Grünliberalik Esther Keller in die Regierung einzieht.
Und dann ist da noch der Sonntag der 26. September 2021.
Der Wahl- und Abstimmungsabend.
Und die Resultate sind deutlich. Die Ehe für alle wird klar angenommen.
Ein Erfolg für die Grüngiberalen.
Denn sie haben als Fraktion acht Jahre zuvor im Parlament den Anstoß für die Ehe für alle gegeben.
An einem nebligen Donnerstag im Dezember 2013.
Die Ehe für alle als Erfolg der Grüngiberalen.
Im aktuellen Wahlkampf setzen Sie stark auf zwei Themen.
Klimaschutz und Europa.
Nochmals zu Inlandetaktor Ivan Santoro.
Ist diese Prioritätensetzung nachvollziehbar?
Ja, also beim Thema Klima, da liegen Sie ohne Zweifel richtig.
Es ist beim Sorgenbarometer ja abwechslungsweise das Topthema, oder dann sicher unter den Top drei.
Das Thema bewegt, das Thema Klima ist gesetzt.
Die Grüngiberalen, die plädieren hierfür pragmatische Lösungen zusammen und nicht gegen die Wirtschaft, wie Sie sagen, und wollen sich so auch von den Grünen abheben.
Welcher Sicht der Grüngiberalen eine zu dogmatische Klimapolitik verfolgen?
Jörg Großen hat es am letzten Parteitag der Grüngiberalen so gesagt.
Wir dürfen die Herausforderungen unserer Zeit nicht länger ignorieren.
Es bringt Abbruch genauso wenig, einfach auf Panik zu machen.
Aber noch schlimmer ist es, die Probleme und die Polarisierung zu schüren.
Gerade in Krisenzeiten braucht es Bewegung, braucht es Innovation, braucht es Zuversicht.
Dafür, liebe Delegierte, stehen wir Grüngiberalen.
Also in 25 Sekunden Kritik kann gleich drei Parteien hier von Jörg Großen und Grünen und auch an den Polparteien SP und SVP.
Und ich glaube, diese pragmatische Klimapolitik kommt bei der GLP-Wählerschaft an und die GLP hofft natürlich auch damit, ein paar enttäuschte Wählerinnen und Wähler von anderen Parteien zu gewinnen.
Das andere Thema eben Europa, gute und gefestigte Beziehungen zu EU.
Lassen Sie sich mit diesem Thema Stimmen gewinnen?
Ja, da bin ich mir jetzt nicht so sicher.
Das Thema Europa ist im Gegensatz zu Klima, Zuwanderung, Rente, Kaufkraft, Gesundheit, nicht unter den Top-Themen.
Es taucht schon auch auf bei den Sorgen der Leute,

[Transcript] Echo der Zeit / Gründe für Ausschreitungen an Eritrea-Festivals

aber halt eben nicht erst weiter hinten, eben nach diesen Top-Themen, die ich erwähnt habe. Dennoch ist die GLP-Fraktion, Chefin Tiana Angelina Mosso, überzeugt, dass das Thema EU die Bevölkerung interessiert.

Was du umfragen zeige, sieht man, dass die Hälfte der Schweizer Bevölkerung sehr unzufrieden ist mit der Schweizer Russenpolitik.

Es sieht auch, dass sich die Schweizer Bevölkerung wirklich eine Lösung für die Beziehung mit der Europäischen Union wünscht.

Und was man auch sagen muss, bei diesem Thema eben Europa, hat die GLP das Alleinstellungsmerkmal.

Die SVP lehnt eine Annäherung zur EU klar ab.

Bei allen anderen Parteien aber steht das Thema im Wahlkampf nicht im Fokus.

So gesehen könnte die GLP vielleicht doch in Wirtschaftskreisen von ihrer klaren pro EU-Haltung profitieren.

Die Partei hat sich ja für die eigenösischen Parlamentswahlen ehrgeizige Ziele gesetzt.

Sie möchte 10 % Wähleranteil erreichen, plus mindestens einen Sitz im Ständerat.

Ist das realistisch?

Ja, das ist wirklich sehr ambitioniert.

Die Partei hat jetzt einen Wähleranteil von 7,8 % gemäß Umfragen.

Liegt nur ein leichtes Plus drin.

Und diese Zugewinne, die liegen im Fehlerbereich.

Genauso gut könnte die GLP auch Wähleranteile verlieren im Herbst.

Die 10%-Marke schafft das, glaube ich, nicht.

Beim einzugenden Ständerat, das sehe ich eher Chancen in den Kantonen Bern und Zürich.

Tritt die GLP ja mit ihren Top-Shots an, mit ihr Großen und mit Jan Angelina Moser.

Da hat die Partei immerhin außenseiter Chancen, einen Sitz zu gewinnen.

Besten Dank, Inlandedaktor Ivan Santoro.

Die Parteienchecks fassen wir für Sie zusammen online unter srf.ch-Wahlen oder in der SRF-News-App.

Die nächste Partei, die sich dem Check unterzieht, ist die SP kommenden Mittwoch.

Matthias Meier ist Gast im Wahlmorge ab 6.30 Uhr auf Radio SRF 1.

Cedric Wermuth im Parteiencheck ab 13 Uhr.

Die Kirschessigfliege ist eine Fruchtfliegenart.

Sie wurde aus Asien in die Schweiz angeschleppt und verursacht riesige Schäden.

Die Kirchen von Hochstamm-Obsbäumen sind oft so schwer befallen,

dass man die Früchte nicht mehr essen kann.

Und auch Obstbauern, die niedrige Kirschbäumchen kultivieren,
Himbeerstreucher oder Tafeltrauben,
müssen viel Geld ausgeben für feine Netze
oder Spritzmittel gegen die Fruchtfliege.

Doch jetzt gibt's Abhilfe.

Heute wurden im Tessin und im Jura
zum ersten Mal überhaupt in der Schweiz
Schlupfwesten aus Asien ausgesetzt
mit behördlicher Bewilligung.

Deren Aufgabe?

Die Kirschessigfliegen in Schach halten.
Wissenschaftedaktor Christian von Burg berichtet.

Sie mögen, was wir auch mögen,
Himbeeren, Erdbeeren und vor allem Kirschen.

Seit die Kirschessigfliege 2011
auch in die Schweiz eingeschleppt wurde,
beklagen Obstbauern Einkommensverluste
von gegen 30%.

Am schlimmsten betroffen sind Bauern,
die Hochstamm-Obsbäume haben,
denn die kann man nicht mit feinen
Obstgittern umspannen.

Entsprechend oft kommt es zum Totalverlust
bei den Kirschen, sagt Lukas Seehausen,
Fruchtfliegenspezialist
am Forschungsinstitut Kabi in Delsberg.

Die Hochstamm-Obsbäume
sind mittlerweile soweit,
dass sie aufgeben möchten.

Es geht wirklich darum,
dass sie drüber nachdenken,
solche Hochstamm-Bäume halt abzusägen.

Was für eine Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten
ein Herberverlust wäre.

Denn Streuobstwiesen mit Hochstamm-Obsbäumen
sind ein unterdessen seltener Lebensraum.

Die Kirschessigfliege
ist deshalb so schädlich,
weil sie etwas kann, was andere nicht können.

Sie ist eine Fliege,
die durch die Haut von frischen Früchten
Eier ablegen kann
und das können unsere einheimischen
Fruchtfliegen nicht.

Und so schlemmen dann in den reifen Kirschen
oder Himbeeren bereits große Fliegenmaden,
was uns wiederum Mardi macht.
Um das zu ändern,
hat Seehausen heute Gegenspieler
der Kirschessigfliegen ausgesetzt.
Importiert aus Asien
mit behördlicher Bewilligung.
Es handelt sich um winzige Schlupfwesten
1,5 mm groß.
Die legen ihre Eier
ebenfalls durch die Haut der Früchte
und weiter in die Larven
der Kirschessigfliegen.
Dann entwickelt sich die Larve
dieser Schlupfweste in der Larve
der Kirschessigfliege und heraus kommt
am Ende nicht die Fliege, sondern die Schlupfweste.
Freisetzungen solcher Schlupfwesten
Kanada und Italien stimmten optimistisch,
sagt Seehausen.
Die Zahl der Kirschessigfliegen
werde so reduziert.
Wie schnell und wie stark genau
ist noch offen.
Nur, ergibt es wirklich Sinn,
invasive Arten mit weiteren
eingeführten Arten zu bekämpfen?
Könnte nicht die neu eingeführte
Schlupfweste wieder
anderen Artenprobleme machen?
Genau das hat Seehausen untersucht.
Man kann das nie hundertprozentig ausschließen,
aber durch die Tests, die wir gemacht haben,
können wir das quasi zu 99% ausschließen.
Die Forscher
haben nämlich getestet, ob die Schlupfwesten
aus Asien auch einheimische
Fruchtfliegen schädigen.
Das taten sie nicht.
Vorerst zumindest.
Denn mit Sicherheit und Abschliessen klären
lässt sich das wohl erst später.
Für die Kirschessigfliege

scheint sich also eine Lösung abzuzeichnen.
Doch es gibt noch zahlreiche
andere invasive Arten.
Das zeigt ein neuer Bericht
des Weltbiodiversitätsrates.
Dieser untersucht das Problem
erstmalig umfassend für die ganze Welt.
Heute ist der Bericht erschienen.
Wissenschaftsaktörin Felicitas Erzinger
hat in sich genauer angeschaut.
Mehr als
4,5 Jahre hat es gedauert,
alle verfügbaren Daten
zu gebietsfremden Arten weltweit zusammenzufassen.
Das Resultat
habe sie selber etwas überrascht, sagt
einer der Autoren des Berichts,
die Sieben vom Senckenberg Biodiversität
und Klimaforschungszentrum
in Frankfurt am Main.
Und zwar,
dass diese Trends eigentlich überall gleich aussehen.
Da kann man eigentlich auch nach Europa schauen.
Man kann aber auch in irgendwelchen
weiten legenden Regionen schauen.
Man sieht überall eine langanhaltende Zunahme,
vor allem seit den 1950er-Jahren.
Seitdem die Raten enorm zugenommen haben.
Aktuell wissen wir global
von etwa 200 Arten,
die jedes Jahr neu hinzukommen würden.
Das macht bis heute über
37.000 Arten aus,
die an einem Ort leben,
wo sie eigentlich nicht heimisch sind.
Und diese Zahl, die dürfte auch
in Zukunft weiter steigen, so sehbens.
Denn die Triebkräfte für die Ausbreitung,
die seien bekannt.
Das sind beispielsweise der internationale Handel,
aber auch private Flugreisen
oder der Klimawandel.
Und, so handt noch sehbens.
Alle diese Prozesse geben immer weiter zu.

Sie haben sich in den letzten Jahrzehnten intensiviert und es gibt keinen Grund zur Annahme, dass es auch sich in den nächsten Jahrzehnten anders entwickeln sollte.

Das heißt, wir werden auch in Zukunft mit vielen neuen Arten rechnen müssen. Nicht alle dieser gebiessfremden Arten sind aber automatisch ein Problem. Laut Bericht sind weltweit aktuell über 3.500 Organismen sogenannt invasiv, also schädlich. Sie führen etwa zu Ernteaussfällen, wie das Beispiel der Kirschessigfliege deutlich zeigt.

Auch die Forstwirtschaft ist betroffen. Die Menschen beispielsweise fallen einem eingeschleppten Pilz zum Opfer. Bisher oft unterschätzt wurden seien vor allem auch die Folgen für die menschliche Gesundheit. So leiden in Europa mehrere Millionen Menschen an Allergien durch Ambrosia-Pollen eine eingeschleppte Pflanzenart. Die negativen Folgen verursachen Kosten von über 400 Milliarden Dollar pro Jahr. Bedenklich sei aber insbesondere auch, dass invasive Arten lokal und global zum Aussterben einheimischer Tiere um Pflanzen führen können, sagt Sven Bachar, Ökologe an der Universität Freiburg und ebenfalls einer der Autoren des Berichts.

In 60 Prozent der Fällen haben invasive Arten eine zentrale Rolle gespielt. Ein gut bekanntes Beispiel ist etwa das Grauhörnchen in Großbritannien, das das einheimische rote Einhornchen verdrängt hat. Neben all den ernüchternden Zahlen gebe es aber auch eine gute Nachricht, sagt Sven Bachar. Und zwar, dass wir eigentlich schon wüssten, was zu tun sei.

[Transcript] Echo der Zeit / Gründe für Ausschreitungen an Eritrea-Festivals

Die bei weitem effektivste Maßnahme
ist das Verhindern, die Prävention
von neuen, invasiven Arten.
Also diesen Anstieg, den wir im Moment sehen,
dass wir den abmildern.
Für den Handel gibt es Abkommen,
damit Waren zum Beispiel eben
keine blinden Passagiere enthalten.
Doch die würden zu wenig durchgesetzt.
Am Schluss bleibt rundherum
oft nur die Bekämpfung,
oder falls sich eine invasive Art
schon hoffnungslos weit verbreitet hat,
die Versuch, sie in Schacht zu halten.
Das eigentliche Problem
sei aber nicht die invasive Art,
findet Hanno Sebens, sondern
das eigentliche Problem ist der Mensch,
der dahinter steht und dazu führt,
dass sie diese Arten überhaupt ausbreiten können.
Und genau darum gelte es zukünftig
beim Thema invasive Arten,
dass menschliche Handeln vermehrt
in den Vordergrund zu stellen.
Verließe Sie das jetzt Hinge.
Das war's vom heutigen ECHO der Zeit
mit Redaktionsschluss um 18.42 Uhr.
Verantwortlich für die Sendung
war Markus Hofmann für die Nachrichten
Adrian Huber am Mikrofon Simon Hulliger.